schriften (Beratungs- und Dokumentationspflichten, Einholung eines Gutachtens über die Freiverantwortlichkeit) danach folgerichtig nur bußgeldbewehrt (S. 80f.). Nichtsdestotrotz schießt der Gesetzesentwurf hinsichtlich der Mitwirkung von Sterbehilfeorganisationen über sein Ziel hinaus; nicht nur hält er am vagen Terminus der „Geschäftsmäßigkeit“ fest, er knüpft ihre Tätigkeit, im Unterschied zu der ärztlicher Personen, auch an einen Erlaubnisvorbehalt (S. 52f.). Umgekehrt bleibt er hinter seinem Ziel zurück, da dessen § 5 Abs. 4 nahestehende Personen pauschal von den eben genannten formalen Anforderungen freistellt, obwohl gerade das engere familiäre Umfeld Eigeninteressen am Suizid des Betroffenen haben kann.

Ausnahmslos überzeugen kann demgegenüber die Neufassung von § 216 StGB in § 6 i. V. mit § 15 des Entwurfs. Danach wird das (strafbewehrte) Verbot aktiver Sterbehilfe um einen Rechtfertigungsgrund für den (Ausnahme-)Fall ergänzt, dass die sterbewillige Person aus tatsächlichen Gründen zu einer suizidalen Handlung auch unter Inanspruchnahme der Hilfe Dritter und technischer Unterstützung nicht mehr in der Lage ist (dazu: *Lindner*, NStZ 2020, 505ff.). Von großem Wert ist darüber hinaus die vorgeschlagene Anpassung des Betäubungsmittelrechts (§ 10); hier schlägt die Stunde der unabhängigen Kommission i. S. d. § 9. Denn selbst diejenigen, die die Einschaltung einer solchen zum Zwecke der Begutachtung der Freiverantwortlichkeit im Kontext der Mitwirkung am Suizid für eine zu hohe Hürde halten, werden einräumen müssen, dass der Zugang zu einem selbstbestimmten Tod weder allein von der Verschreibungsbereitschaft der Ärzteschaft noch von der Erlaubniserteilung des BfArM abhängig gemacht werden kann (S. 68). Damit verbleibt die Frage der Gesetzgebungskompetenz, für die das vorliegende Buch ebenfalls eine Antwort bereithält: „Als Annexkompetenz zu[r] Gesetzgebungskompetenz für die Sterbehilfe und die Suizidprävention [aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 1, 11, 12, 19 GG] ist es dem Bund auch möglich, deren Anforderungen an das ärztliche Berufsrecht zu regeln.“ (S. 83). Zwingend ist das nicht, wenn man bedenkt, dass Zulassung i. S. v. Art. 74 Abs. 1 Nr. 19 GG die Berufszulassung ist, nicht die Berufsausübung (*Degenhart*, in: *Sachs*, GG, 8. Aufl. 2018, Art. 74, Rdnr. 86). Von daher dürfte eine Änderung des Grundgesetzes mehr als nur aus Gründen der Rechtsklarheit angezeigt erscheinen.

Fazit: Das zu besprechende Buch leistet einen wichtigen Beitrag nicht nur zur rechtswissenschaftlichen, sondern auch zur gesellschaftlichen Diskussion der Sterbehilfe. Zu hoffen ist, dass sich der Gesetzgeber im Zuge der anstehenden Reform den ganzheitlichen Ansatz des Augsburg-Münchner-Hallescher Entwurfs zu eigen macht oder zumindest einzelne Elemente wie die Betäubungsmittel-„Verschreibung“ durch eine Fachkommission übernimmt.

Alexander Brade

<https://doi.org/10.1007/s00350-021-5868-0>

Festschrift für Dieter Hart. Medizin – Recht – Wissenschaft.

Herausgegeben von Christian Katzenmeier. Verlag Springer Berlin, Heidelberg 2020, XVIII u. 735 S., geb., €159,99

Festschriften würdigen meist das gesamte wissenschaftliche Werk eines Jubilars (und nach wie vor zu selten auch einmal einer Jubilarin). In der Unterteilung in mehrere thematische Abschnitte werden wissenschaftliche Stationen, aber auch die sich im Laufe des Lebens verändernden Schwerpunktsetzungen deutlich. Gerade für jüngere Kolleginnen und Kollegen ist der Blick auf diese wissenschaftsbio-graphischen Veränderungen interessant. Man kann aus ihnen lernen, dass man nicht erst den Themenbereich wechseln sollte, wenn man seine eigenen Textbausteine nicht mehr ertragen kann. Solche breit angelegten Festschriften haben aber auch einen gravierenden Nachteil. Sie sind „Gräber“, weil sie thematisch so divers sind. Selbst wer sich gerne durch Bibliotheken treiben lässt, findet sie nicht, weil sie keinem speziellen Themengebiet zugeordnet werden können und

daher meist in verstaubten Winkeln als „Sonstiges“ vor sich hinvegetieren. Wenn man der Bibliotheksspinne einen sicheren Ort empfehlen dürfte, würde man sie zu den Festschriften schicken.

Bei der hier anzuzeigenden Festschrift für *Dieter Hart* ist das anders. Sie verdient einen Ehrenplatz in den Regalen zum Gesundheits- und Medizinrecht. Denn die beiden Geschwister, das öffentlich-rechtliche Gesundheitsrecht und das privatrechtliche Medizinrecht, verdanken ihren Aufstieg in den Kreis der anerkannten Rechtsgebiete *Dieter Hart* und seinen Mitstreitern (*Reinhard Damm*, *Robert Francke* und *Eike Schmidt*), die 1998 das Bremer Institut für Gesundheits- und Medizinrecht initiiert haben – zu einem Zeitpunkt also, als das sozialrechtliche geprägte Gesundheitsrecht und das privat- und strafrechtlich konnotierte Medizinrecht noch unterschiedliche disziplinäre Biotopie waren (vgl. *Kingreen*, Medizinrecht und Gesundheitsrecht, in: FS f. *Erwin Deutsch*, 2009, S. 283, 286ff.). Das rechtfertigt es, dass fast alle Beiträge der Festschrift diesem Themengebiet gewidmet sind, auch wenn damit *Harts* frühe wissenschaftliche Aktivitäten im Bereich des allgemeinen Zivilrechts und der Bremer Jurist:innen-Ausbildung gar nicht oder nur am Rande gewürdigt werden.

In der Vielfalt der Beiträge, die hier natürlich nicht im Einzelnen behandelt werden können, zeigen sich die spezifischen Zugänge des Jubilars zum Gesundheits- und Medizinrecht. Hervorzuheben ist insbesondere die im Vorwort von *Christian Katzenmeier* und *Reinhard Damm* betonte „interdisziplinäre Öffnung des medizinrechtlichen Diskurses“ – nicht nur im wissenschaftlichen Sinne, sondern auch außeruniversitär in Politik und Unternehmen. So finden sich im Kreis der Autor:innen nicht nur Universitätsprofessor:innen aus mehreren wissenschaftlichen Disziplinen, sondern auch viele Prominente aus der gesundheits- und medizinrechtlichen sowie der gesundheitswissenschaftlichen Berufspraxis. Viele Beiträge greifen dabei den Ansatz von *Dieter Hart* auf, das Gesundheitswesen aus der Perspektive der Patient:innen zu betrachten und es nicht auf einen Wirtschaftsfaktor zu reduzieren. Dass 2013 das Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten in Kraft treten konnte, ist auch den grundlegenden Vorarbeiten von *Dieter Hart*, insbesondere in dieser Zeitschrift, zu verdanken.

Die Festschrift würdigt damit nicht nur ein rechtswissenschaftliches Lebenswerk, sondern auch eine wissenschaftspolitische Aufbauleistung. Dass wir heute schon ganz selbstverständlich vom „Gesundheits- und Medizinrecht“ sprechen, ist maßgeblich *Dieter Hart* zu verdanken. Dass es zu seinem 80. Geburtstag zum derzeit am meisten beachteten Rechtsgebiet aufsteigen würde, hat sich allerdings niemand gewünscht. Gerade deshalb: Ad multos annos!

Thorsten Kingreen